

Medienmitteilung der JUSO Kanton Zürich vom 13. Dezember 2011

Nein zum bürgerlichen Finanzanarchismus

Die JUSO Kanton Zürich verurteilt die erneute Sparrunde, die der bürgerliche Kantonsrat heute beschlossen hat, aufs Schärfste! Es ist völlig unverständlich, dass die jahrelangen Steuerausfälle zugunsten der Bonzen im Kanton Zürich nun über Pauschalkürzungen kompensiert werden sollen.

Dass selbst der Regierungsrat zu einer 7-prozentigen Steuerfuss-Erhöhung bereit gewesen wäre, zeigt die verzweifelte Lage der Zürcher Kantonsfinanzen. Zurückzuführen ist diese vor allem auf die, auch von FDP-Regierungsrätin Ursula Gut forcierte, Dumping-Strategie in der Steuerpolitik, welche massive Steuerentlastungen für die Reichsten im Kanton beinhaltet.

Die bürgerlichen Marktfundamentalisten setzten sich aber in der Budgetdebatte durch und brachten neben zahlreichen Sparanträgen auch eine Pauschalkürzung von 300 Millionen Franken durch. Für JUSO-Kantonsrätin Rosmarie Joss ist klar: „Diesem bürgerlichen Finanzanarchismus auf dem Buckel der Menschen in diesem Kanton muss Einhalt geboten werden. Vor allem, weil er nur auf Grund massiver Steuergeschenke an die Bonzen nötig ist.“

Die JUSO fordert deshalb eine Steuerwende im Kanton Zürich, die für eine gerechtere Besteuerung und einen handlungsfähigen und starken Kanton Zürich sorgt. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist die Bonzensteuer-Initiative der JUSO, welche für Vermögenswerte ab 2 Millionen Franken 1 Prozent Steuern vorsieht. Die Bonzensteuer-Initiative wird voraussichtlich 2012 im Zürcher Kantonsrat diskutiert.

Weitere Informationen:

Rosmarie Joss, Kantonsrätin JUSO/SP, 076 548 26 72

Fabian Molina, Co-Präsident JUSO Kanton Zürich, 079 781 12 28